

Mod	Ton
	The Cat Empire - Brighter Than Gold
Hallo, guten Tag, ich hätte ein Anliegen an euch, möchtet ihr vielleicht unsere brandneue Petition unterschreiben?	
	uuuuhh ahh ehhehhh
Uns fehlen nur noch 50.000 Unterschriften und dann dürfen wir den Petitionsausschuss im Bundestag von unserer wirklich sehr, sehr guten Idee überzeugen und unser politisches System nichts weniger als gerechter, inklusiver und, ja, auch demokratischer machen. BÄM!	
	uuuuhh ahh ehhehhh
Naaaa ... hab ich euch? Hab ich euch???	
	Guardians of the Galaxy - Hooked on a feeling  "Ahhh ahahahahaaaa Hooked on a Feeling!"
Fühlt sich schon mal richtig an, oder? Mehr Demokratie, mehr Gerechtigkeit, mehr Inklusion auch für die, die sich eigentlich nicht so arg für Politik interessieren, haben wir ja kürzlich in Berlin wieder gesehen ...	
	Der Berliner Klima-Volksentscheid ist gescheitert. 440.000 Berliner stimmten dafür, dass Berlin schon bis 2030 klimaneutral werden soll. Das war zwar die Mehrheit der Abstimmenden, es reicht aber nicht, um das schärfere Klimaziel verbindlich zu machen. Denn dafür hätte ein Viertel der Wahlberechtigten

	stimmen müssen, also knapp über 600 000 Berliner.
	Torben: "Ganz ehrlich, dass überhaupt so viele dahingegangen sind, Wahnsinn! Wer einmal versucht, so wie ich, sich politisch zu engagieren, den wundert das auch nicht mehr ..."
Torben, was kommst du denn jetzt so reingepöbelt hier?	
	Du hast mich ja verPFLICHTET (...)!
Ah ja STIMMT. Also, ich hatte euch ja um Unterschriften für unsere allererste STUDIO KOMPLEX-Petition gebeten. Und weil ich aber ja super busy mit Interviews und Moderieren war, hab ich Torben genötigt, die Petition für uns aufzusetzen. Er wird im Laufe der Folge ein bisschen davon erzählen, aber jetzt geht's erstmal um unsere Idee für diese Podcast-Folge, die gleichzeitig die Idee der Petition ist. Torben, you GO:	
	Torben erzählt, was wir wollen
Ja, manchmal muss man halt Leute zu ihrem Glück zwingen, isso!  Klingt n bisschen streng, I know, so nach "Es ist für uns alle schon die 7. Stunde und ihr müsst TROTZDEM nachsitzen!"	
	FX Schulkingeln
Aber wenn Bildung doch irgendwie immer der Schlüssel für alles ist - dann sollte das doch auch für unser politisches System gelten. Und ja, wo's halt sein muss, unter Zwang ...	
	CHARLIE WINSTON - In Your Hands  kurz freistehend

<p>Also Hefte raus, Demokratie jetzt!</p> <p>Pflichtkontingente bei Demos!</p> <p>Schwarzer Block neben Pflichtblock!</p> <p>Demokratie für alle, ob sie wollen oder nicht!!</p> <p>Woohoo, auf geht's!!!111!</p> <p>Ok, das Woohoo nehme ich zurück.</p>	
	Kassettenklicken vom Intro
Ich bin Anne-Katrin Eutin und das ist STUDIO KOMPLEX.	
	Intro
Ok, ich muss kurz runterkommen und mich beruhigen. An dieser Stelle zur Überbrückung auch einfach mal kurz der Hinweis, dass ihr diesen Podcast jeden Montag in der ARD-Audiothek und überall, wo es Podcasts gibt, bekommt. So, weiter geht's!	
	Amy Winehouse - Love Is A Losing Game (instrumental)
Ich weiß, ich weiß, das klingt erst einmal utopisch und darüber hinaus gefährlich nach so nem Staatsaktivismus wie in der DDR, wo mal schön alle am Erfolg mitarbeiten müssen für ein ganz freiwillig erzwungenes WIR-Gefühl:	
	Der Staat sind nicht wir. Wir haben ein Staatsverständnis, dass der Staat nicht identisch ist mit dem Volk. Und man könnte natürlich auch sagen, zu dieser Differenzierung gehört auch das Recht des Einzelnen, sich die Politik egal sein zu lassen.

<p>... sagt Matthias Warkus, Philosoph und unserer Idee gegenüber erstmal gesund skeptisch. Genauso wie der Politikwissenschaftler Andreas Braune, der unsere Prämisse schon ganz schön paternalistisch findet:</p>	
	<p>Wir haben, glaube ich, ein sehr hohes Niveau auch an politischer Bildung und politischer Mündigkeit in Deutschland, auch wenn das zumindest im öffentlichen Diskurs manchmal anders dargestellt wird.</p>
<p>Und auch hinsichtlich der Umsetzbarkeit gibt's Vorbehalte, sag ich mal, wie von der Politologin Isabelle Stadelmann:</p>	
	<p>Also abgesehen davon, dass ich nicht glaube, dass sich eine Partei finden würde, die eine solche Maßnahme und eine solche Pflicht in ihrem Wahlprogramm schreibt, bin ich auch sehr skeptisch, wie man das tatsächlich monitoren könnte oder wie groß diese Pflicht tatsächlich auch ist.</p>
<p>Puh, okay, direkt zerplatzte Träume hier nur ...</p>	
	<p>FX Seifenblase zerplatzt</p>
<p>Hey Torben, können wir unseren kleinen Seifenblasentraum nicht noch etwas fliegen lassen und diese Kritik entkräften?</p>	
	<p>Anne: Wir dachten da ja an so ne digitale Plattform, wo sich jede wahlberechtigte Person und auch die, die sonst Bock haben, nur die halt nicht verpflichtend, mit ihrer Perso-Nummer einloggt, so wie das Elster-Steuerportal oder so. Und dann kann man total geil zentralisiert da Petitionen einreichen und unterzeichnen oder Volksinitiativen oder auch darüber abstimmen. Oder wenn man offline auf Bürgerdialoge geht oder beim Bürgerhaushalt mitmacht, dann kriegt man auf der Veranstaltung so nen Code und kann den da eintragen und zack, ist der Nachweis für die erfüllte Pflichtstunde erbracht. Ist doch mega, oder?</p>

	<p>Torben: Ja, klingt hammer. Aber diese Plattform existiert halt nur in deinem Kopf.</p> <p>Anne: Äh ja gut ... Aber ich will ja, dass die Politik dann, nachdem unsere Petition überwältigend erfolgreich gewesen ist, übernimmt und das regelt. Was haben wir denn da für Argumente reingeballert?</p> <p>Torben: Erklärt unsere Pro-Argumente kurz und knapp</p>
	AnnenMayKantereit - Lass es kreisen
Hm. Jetzt ist natürlich die Frage, als engagierte Bürgerinnen und Bürger, die wir sind bei STUDIO KOMPLEX ... welche Mittel wir ergreifen, rein im Sinne der Demokratie, ist ja klar, im Sinne des Volkes quasi, um den Prozess zu beschleunigen. Oder zumindest mal vorzutasten.	
Nicht, dass ich so weit gehen wollen würde, unsere Privilegien als Vertreter*innen der Presse auszunutzen, nein, Quatsch. Aber wenn jetzt. Wie von Zauberhand. Eine Telefonleitung hergestellt würde zwischen dem Hessischen Rundfunk und dem Handy von ...	
	<del>Ich bin</del> Axel Echeverria. Ich bin Abgeordneter im Deutschen Bundestag und unter anderem Sprecher der SPD Fraktion im Petitionsausschuss.
Ups. Mensch, was für ein glücklicher Zufall. Na ja, wenn wir schon mal so jung zusammenkommen, dann können wir uns ja auch mal erklären lassen, wie dieser Laden jetzt genau läuft?	
	Der Petitionsausschuss ist die Tür für Bürgerinnen und Bürger, um sich aktiv in die Bundespolitik mit einzubringen. Und das ist auch das einzige Instrument, das einzige direktdemokratische Instrument, was wir derzeit auf Bundesebene haben. Es besteht

	<p>die Möglichkeit, aufgrund von Einzelfällen, also persönlichen Schicksalen, sich an den Bundestag zu wenden. Sprich man hat Ärger mit seiner Krankenkasse, mit dem Jobcenter, mit irgendeiner öffentlichen Stelle. Aber auch wenn es darum geht, dass man Kritik an Gesetzesvorhaben hat oder an bestehenden Gesetzen und da Änderungswünsche hat, damit kann man sich dann direkt an den Bundestag wenden.</p>
<p>Was irgendwie gar nicht mal so schlecht klingt, oder? Die Hürden sind auch gar nicht so krass, es gibt eine offizielle Website des Bundestags, da kann man online seine Petition in einer Maske eingeben und dort auch Unterschriften sammeln. Ab 50.000 kann man als Petent*in vor dem Petitionsausschuss vorsprechen.</p> <p>Das Ding ist nur: Es hat eigentlich keinen direkten Einfluss auf Gesetzesvorhaben oder so. Es gibt keine Handlungspflicht für die Abgeordnete. Sei aber auch gar nicht so entscheidend, meint Axel Echeverria:</p>	
	<p>Es kommt darauf an, dass die Menschen wissen, dort sitzen Leute in Berlin, denen sind unsere Themen wichtig, die setzen sich damit auseinander und wir kriegen auch eine entsprechende Antwort. Wenn zum Beispiel unser und unser Anliegen nicht entsprochen werden konnte. Aber dann kriegen wir auch eine Erklärung, warum es so ist. Alle Petitionen, die reinkommt, werden bearbeitet und alle Petitionen, die hier ankommen, gehen über die Schreibtische von Abgeordneten direkt, die sich mit dem Thema auseinandersetzen. Es gibt immer zwei Berichterstatter, eine aus den Regierungsfractionen, eine aus der Oppositionsfraction, und die schauen sich die Themen dann auch ganz genau an.</p>
<p>Und das kann am Ende auch ohne Handlungspflicht erfolgreich sein:</p>	
	<p>Der Bundestag hat zweimal einen Völkermord anerkannt, einmal</p>

	<p>an den Jesidinnen und Jesiden und einmal den Hungerwinter der Ukraine. Der sogenannte Holodomor in den dreißiger Jahren der 1900 Jahre. Und beide Anerkennungen gehen auf Petitionen zurück. Die haben das Thema angestoßen und in den Bundestag getragen. Und ja, der Bundestag hat zweimal einen Völkermord anerkannt. Und aufgrund von Petitionen. Es gibt auch total schöne Sachen, wie zum Beispiel eine Petition aus dem letzten Jahr. Da haben sich drei Kinder an einen Petitionsausschuss gewandt, im Alter von neun, neun und sechs Jahren. Und die haben eine Petition gestartet gegen den Paragraphen 1619 des BGB. Das BGB ist uralt, kommt aus dem 19. Jahrhundert und da sind einige verstaubte Paragraphen noch drin. Und die haben einen Paragraphen gefunden, in dem steht, dass Kinder ihren Eltern im Haushalt, aber auch im elterlichen Geschäft helfen müssen. Und dagegen haben die eine Petition gestartet. Und ich gehe davon aus, dass die Petition in den nächsten Wochen im Petitionsausschuss ist und wie wir aufgrund dieser Petition also den Paragraphen ersatzlos streichen werden. Ein toller Erfolg für die drei jungen Kinder.</p>
<p>Ah ja, geiler Punkt auch - es darf nämlich jeder ne Petition starten, egal wie alt und mit welcher Staatsangehörigkeit. Das wünsche ich mir natürlich auch für unsere demokratische Pflichtstunde! Die wir natürlich auch schon mal angetestet haben bei Axel Echeverria ... was soll ich sagen, mäßig erfolgreich.</p>	
	<p>Wir haben ein Partizipationsrecht und das ist auch gut so, dass wir das haben. Daraus eine Pflicht zu machen, halte ich für sehr, sehr schwierig, weil ich finde es auch Teil des Rechts, nicht zu partizipieren oder sich zu enthalten bei bestimmten Dingen. Es wäre natürlich schön, wenn möglichst viele Menschen an dieser Demokratie mitarbeiten würden und daher finde ich mein Rezept Mal gesehen, ob es funktioniert oder nicht. Ist halt wirklich vor Ort aktiv zu sein. Ich habe ein Büro direkt in der Einkaufsstraße</p>

	<p>meiner größten Wahlkreisstadt und diverse andere Büros. Und diese Büros sind halt wirklich fünf bzw sechs Tage die Woche geöffnet und die Menschen können einfach kommen. Ich habe eine WhatsApp Nummer, wo man mir wirklich persönlich auch niedrighschwellig schreiben, kann, ich bin den sozialen Medien unterwegs und ich bin halt auch in in den Städten unterwegs, die hier in Berlin repräsentieren und versuche einfach als Ansprechpartner da zu sein. Wir können das Angebot machen, aber ich halte nichts davon, eine Pflicht draus zu machen. Und letztendlich Statistiken zeigen, dass meistens auch die gut Gebildeten sind, die sich politisch einbringen. Das ist leider so und bei allen anderen, egal ob gut gebildet wird, muss man einfach das Angebot machen, mitzumachen. Und es gibt dieses Recht nicht zu partizipieren. Aber es wäre besser für uns alle und für die Demokratie, wenn alle partizipieren würden.</p>
<p>Ja, aber genau das ist ja der Punkt! Es machen ja IMMER nur die gut Gebildeten mit, oder? Torben, hast du das als Argument mit reingeschrieben, dass eine Pflichtstunde ja zwangsweise auch ALLE politisch mit bildet und so ...?</p>	
	<p>Torben reagiert</p>
<p>Mhm, und dazu kommt: Das <a href="#">häufigste Motiv</a> bei Nicht-Wähler*innen ist, dass sie das Gefühl haben, eh nichts bewirken zu können und dass Politiker*innen sowieso machen würden, was sie wollten.</p> <p>Petitionen, die wie so ne Art zahnloser Tiger daherkommen und komplett abhängig vom Good Will des Petitionsausschuss sind, die sind da natürlich erstmal nicht besser.</p>	
	<p>Torben reagiert: (Also müssen wir eigentlich noch ne Petition starten, Petitionen verbindlich zu machen? Damit die Leute auch Bock haben auf die Pflichtstunde, weil sie was bewirken können?)</p>



<p>Herrgott, ich fürchte, ja. Beziehungsweise gibt es sowas ja eigentlich schon ... Nennt sich nur:</p>	
	<p>Einspieler zu den Unterschieden von Volksbefragung, -entscheid, Abstimmung, Referendum, Bürgerbegehren</p>
<p>Also, Hessen, das Saarland oder Niedersachsen eher meiden, wenn man Bock auf direkte Mitbestimmung hat. Und auf Bundesebene ist eben komplett Pustekuchen.</p> <p>Den Versuch, DAS wiederum zu ändern, den müssen wir nicht mehr unternehmen. Das hat eine Initiative namens Abstimmung21 schon netterweise übernommen.</p>	
	<p>Mein Name ist Olaf Seeling. Ich bin 58 Jahre alt, habe drei Kinder, komme ursprünglich aus der Sozialtherapie, befasse mich mit dem Thema bundesweite Volksabstimmung. Mitbestimmung seit 25, 30 Jahren, unterbrochen durch Beruf, Familie. Und so weiter. Und dachte, ich mach das in die Richtung und habe dann auch Menschen gefunden, die das. Auch mittragen möchten.</p>
<p>Nur ... leider nicht genug Menschen. Rund 160.000 haben parallel zur Bundestagswahl darüber abgestimmt, ob es bundesweite Volksentscheide geben sollte. 93% waren zwar dafür, aber insgesamt abgestimmt haben eben grad mal ein Viertel Prozent aller Wahlberechtigten.</p>	
	<p>Wir hatten uns natürlich mehr erhofft, dass es eine größere Teilnahme ist, sind aber trotzdem eigentlich ganz begeistert herausgekommen aus dieser Abstimmung, da wir ein unbekannter Verein waren. Erst 21 gegründet Anfang 21 und dann im Grunde von null auf 100. Und das war in dem Bereich direkter Demokratie die größte Aktion, die bisher gemacht worden ist, das ist ein dickes Brett, das ist nicht von heute auf morgen. Man braucht vor allem Hartnäckigkeit und auch eine</p>

	gehörige Portion Frust. Toleranz.
Aber Olaf und seine Mitstreiter*innen bleiben dran, weil ihnen Petitionen einfach nicht ausreichen, man ist ja nur Bittsteller im Prinzip:	
	<p>Wenn man möchte, dass die Menschen sich interessieren und sich mit politischen Fragen beschäftigen, dann muss man ihnen das Recht auch der Selbstwirksamkeit geben. Gibt man ihnen das nicht, dann verkommt es, finde ich schnell zu einer Zuschauerdemokratie. Gibt man ihnen das? Beschäftigen sich die Menschen ganz selbstverständlich mit politischen Fragen. Zum Beispiel Chile hatte eine Abstimmung über die Verfassung im September. Und das ist ein langer Prozess. Volksabstimmungen über mehrere Jahre an sich und in dieser Zeit. Wer wir werden. Diese Themen, das gibt es auch in anderen Ländern so weit durchgearbeitet, dass sie dann auf die Bestsellerliste kommen. Auf Platz eins also ich. Ich fand das sehr anschaulich, wie dann Menschen an diesen Buchhandlungen stehen, um die Bücher zu dieser Abstimmungsfrage zu lesen. Und das ist wie so eine Spitze von sich informieren. Dazu kommen natürlich zig Verbreiterungen über die Presse. In der Schweiz ist es ganz normal, dass es ganz ausführlich pro und contra über Wochen thematisiert werden, ebenso in allen möglichen Formaten, im Digitalen oder auch auf der Straße. Und so weiter. Also da findet sofort eine Beschäftigung statt, aber sie ist daran gebunden. Haben die Menschen auch ein Recht, verbindlich zu entscheiden? Haben sie das nicht, entsteht schnell meinem Eindruck Ich habe das. Ob ich das mache oder ob ich das nicht mache, spielt eigentlich keine Rolle. Und an der Stelle spielt es eine riesen Rolle. Und diese dieses Ansprechen des Menschen ernst nehmen auch. Also nicht nur dass er Abstimmender ist, sondern mündig. Das führt automatisch dazu.</p>
Okay, kleiner Zwischenstand also: Unsere Petition wäre schon wesentlich	

<p>stärker, wenn sie auch verbindlich wäre. Aber Torben, da haben wir ja keine echte Chance, ne?</p>	
	<p>Torben: Nee, Schweiz wär schon geiler ...</p>
<p>Ok ok, verstehe. Ja gut, schauen wir uns das mal genauer an, so als Inspiration. Als Hoffnungsschimmer am Ende des Tunnels ...</p>	
	<p>Mani Matter – I han es Zündhölzli azündt</p>
	<p>Ich bin Isabelle Stadelmann. Ich bin Professorin für Vergleichende Politik an der Universität Bern und ich forsche zu Themen wie Energiepolitik, Familienpolitik und immer auch wieder Themen in Bezug auf direkte Demokratie.</p> <p>Anne: Und genau darum soll es gehen. Jetzt würde mich tatsächlich aber eher aus Bürgerinnen Perspektive interessieren Ist das mit der direkten Demokratie in der Schweiz nicht eigentlich auch richtig nervig?</p> <p>Isabelle: Ja, absolut. Also manchmal hat man schon das Gefühl, man müsse sich jetzt über Dinge eine Meinung bilden oder sich zu Dingen äußern, von denen man absolut keine Ahnung hat oder die vielleicht auch überhaupt nicht wichtig sind für das persönliche Leben. Wenn es um irgendwelche Paragraphen in irgendwelchen Gesetzen geht, die vielleicht gar nicht wirklich so was mit der Praxis zu tun haben.</p> <p>Anne: Und vielleicht kannst du dann auch noch mal kurz schildern, wie die Meinungsbildung dann normalerweise so abläuft, wenn man dann eben über genau so was abstimmen muss, von dem man keine Ahnung hat.</p> <p>Isabelle: Ich würde sagen, dass bei den meisten Fragen es so ist, dass man halt relativ wenig weiß zu Beginn. Und deshalb</p>

	<p>gibt es eigentlich auch ziemlich strukturiert und immer mal wieder sehr intensiv Kampagnen im Vorfeld von Abstimmungen, wo sich dann halt Parteien, aber auch Organisationen, teilweise auch der Bund oder der Kanton, wer auch immer die Abstimmung verantwortet, einen dann mit Informationen eigentlich beliefert. Also zum Beispiel gibt es das sogenannte Bundes Büchlein, das ist tatsächlich eine offizielle Publikation der Bundeskanzlei und darin werden dann auch die Abstimmungen dargelegt, worum es geht, inklusive auch ein paar Pro und Contra Argumente, die zum Beispiel im Parlament wichtig waren für den Entscheid. Und dazu kommen natürlich die ganzen Medien, Artikel oder eben Parteien und Organisationen, die sich direkt mit Plakaten, Inseraten, Social Media und allen anderen Kanälen eigentlich an die Bevölkerung richten.</p>
	<p>Anne: Wird so was wie politische Selbstwirksamkeit gemessen? Weil ich stelle mir vor, dass die in der Schweiz schon höher sein müsste. Das Gefühl.</p> <p>Isabelle: Genau diese Wirksamkeit wird tatsächlich in ganz vielen Umfragen gemessen. Aber ich kann jetzt nicht konkrete Zahlen zitieren. Ganz generell ist es schon so, dass bei all diesen politischen, bei diesen politischen Fragen auch politisches Wissen etc. die Schweizer Bürgerinnen und Bürger schon immer ziemlich gut abschneiden im internationalen Vergleich</p>
<p>Und sind sie denn auch politisch zufriedener durch die direkte Demokratie? Dazu hast du ja mit einem Kollegen auch eine eigene Studie gemacht ...</p>	
	<p>Also die Leute sind nicht an sich und per se zufriedener, wenn es direkte Demokratie gibt. Aber was wir finden ist, dass der Unterschied zwischen den denen, die wir denn gewinnen, und den Verlierern sozusagen in der Demokratie diese dieser</p>

	<p>Unterschied in der Zufriedenheit wird geringer oder ist geringer in stark direktdemokratischen Einheiten, also mit Winner und Loser meinen wir halt die, die zum Beispiel bei Wahlen zur Minderheit gehören. Das sind eher die Verlierer und die, die gewinnen, das sind die Gewinner. Und da findet man eigentlich konsistent, dass die, die gewinnen bei Wahlen, die sind glücklich mit der Demokratie, die sind zufriedener als die, die verlieren. Und was wir jetzt zeigen, ist quasi die direkte Demokratie. Kann diesen tiefen Unterschied, diese Lücke eigentlich ein bisschen schließen, indem sie eben den Verlierern bei Wahlen eine Möglichkeit gibt, über die direkte Demokratie trotzdem am an politischen Entscheiden teilzunehmen. Und deshalb, so unser Argument, ist dann dieser Unterschied in der Zufriedenheit mit der Demokratie nicht so groß.</p>
<p>Aber das klingt ja trotzdem formidabel, alles ausbalancierter und darüber hinaus die Menschen politisch informierter, genau, was wir auch wollen mit unserer politischen Pflichtstunde!</p>	
	<p>Torben: UNTERSCHREIBEN SIE JETZT!</p>
<p>Jetzt haste doch Bock, ne? Perfekter Beweis, dass bisschen Zwang einem auch einfach gut tun kann, #schwarzepädagogik!</p>	
<p>Anyway ... So ganz happy ist Isabelle mit dem direktdemokratischen System selbst aber nicht.</p>	
	<p>Aus meiner Sicht sind die es sind quasi die Unterschriften zahlen eigentlich zu niedrig. Die wurden eben auch nicht wirklich dem Bevölkerungswachstum angepasst, zum Beispiel. Und ich denke, man könnte auch durchaus über eine Ausweitung der Kriterien, wenn diese Volksabstimmungen für ungültig erklärt werden können. Über die könnte man durchaus diskutieren oder könnte man ausweiten. Aber rein institutionell ist es halt fast nicht möglich, weil die dafür wieder die direkte Demokratie</p>

	<p>brauchen. Also ohne Volksabstimmung kriegen wir diese Änderungen schlussendlich nicht hin.</p> <p>Anne: Spannend, okay. Und so ... also das Problem, was wir quasi in Deutschland haben, weswegen es sehr schwer ist, direktdemokratische Elemente zu etablieren, weil das für die Repräsentanten oder für die repräsentative Demokratie ja eine Machtbeschneidung wäre. Genauso funktioniert es natürlich andersherum, sobald man es erst mal etabliert.</p> <p>Isabelle: Ganz genau. Was man quasi hat an Macht, will man tendenziell nicht mit abgeben.</p>
<p>Dass das in Deutschland nämlich ein Faktor sein kööönnte, warum Anstrengungen für mehr direktdemokratische Verfahren auch auf Bundesebene erfolglos bleiben, hab ich in einem anderen Gespräch gelernt, nämlich mit:</p>	
	<p><b>Andreas Braune:</b> ... Andreas Braune. Ich bin Politikwissenschaftler an der Friedrich Schiller Universität in Jena. Im Hauptberuf leite ich die Forschungsstelle Weimarer Republik, habe mein Themengebiet aber auch in der politischen Theorie und Ideengeschichte, moderne politische Theorie und in diesem Zusammenhang vor allem auch die Auseinandersetzung mit Protestformen, zivilem Ungehorsam, vor allem eben politischen Theorien, auch dazu.</p> <p><b>Anne</b> Welche Form der ich fasse es mal weit der politischen Partizipation jenseits von Wahlen hast du denn selbst schon wahrgenommen? Eigentlich?</p> <p><b>Andreas</b> Oh, gute Frage. Als Wissenschaftler ist man da ja manchmal etwas doch zurückhaltend.</p>

<p>LOL sagt die, die gerade ne EIGENE PETITION für den Zwang zu politischer Partizipation auf den Weg gebracht hat und alle Zuhörenden um Unterschriften anbetteln!!</p>	<p><b>Anne</b> Als Journalistin auch, ja.</p> <p>//BREAK kurzer Einschub //</p> <p><b>Andreas</b> Ja. Gute Frage. Ich habe an eins zwei Onlinepetition teilgenommen und dergleichen, natürlich auch an der öffentlichen Meinungsbildung durch Meinungsäußerungen, Vorträge, Bildungsveranstaltungen und dergleichen. Wenn man das im weitesten Sinne als politische Partizipation versteht, dann natürlich berufsbedingt natürlich recht breit.</p>
<p>Andreas, ich würd das gelten lassen für die politische Pflichtstunde, glaub ich!</p> <p>Zumal er uns gleich auch noch politisch darüber bildet, dass die Weimarer Republik, also Deutschlands erste Demokratie zwischen 1918-1933, demokratisch eigentlich progressiver war, als wir es heute sind. Warum das so ist? Hängt, Überraschung, mit dem Datum zusammen:</p>	
	<p>1919. Das Deutsche Reich hat den Krieg verloren. Alle Deutschen, ja auch die Frauen dürfen eine Nationalversammlung wählen. Und die gibt Deutschland (kleine Fanfare) Die demokratischste Verfassung der Welt!</p> <p>So nannte der Sozialdemokrat Eduard David die Weimarer Verfassung, als sie gerade verabschiedet war. Und er meinte vor allem die starken Elemente einer direkten Demokratie: (mit kurzen akustischen Trennern) Reines Verhältniswahlrecht, Direktwahl des Reichspräsidenten, Volksbegehren und verbindliche Volksentscheide über Personen und Gesetze.</p> <p>Die Verfassungsmacher nennen zwei Motive dafür: der „Selbstherrlichkeit einer dem Volk entfremdeten Parteiherrschaft“ entgegenzuwirken. Und die politische</p>

	<p>Volkserziehung zu demokratischer Beteiligung. Denn die Weimarer Demokratie war ja die erste in Deutschland.</p>
	<p>Man wollte möglichst viele Gelegenheiten haben, wo der Volkswille sich äußern kann. In Wahlen und Abstimmungen, wie es ja auch im Grundgesetz heißt. Und für die Weimarer Reichsverfassung hat man dann aber eben auch die direkte Demokratie eingeführt mit Volksbegehren und Volksentscheid und noch eine ganze Reihe anderer Stellen im Verfassungsgefüge, wo das Volk in politischen Entscheidungen befragt werden konnte.</p> <p>Anne: Zum Beispiel?</p> <p>Andreas Ähm zum Beispiel war es vorgesehen, dass wenn wenn wir, wenn es einen Konflikt in der Gesetzgebung zwischen Reichstag und Reichsrat gibt, also wie heute bei Bundestag und Bundesrat, da wird ja heutzutage der Vermittlungsausschuss angerufen und da war war vorgesehen, zumindest von der Verfassung her, dass da in so einer Situation der Reichspräsident diesen Konflikt zwischen Länderkammer und Parlament dadurch auflösen kann, dass er die in Frage stehende Gesetzgebung, ja sozusagen das Volk darüber abstimmen lässt. Also da war die Grundidee. Es gibt sozusagen durch Wahlen zusammen durch Wahlen sich ergebende Körperschaften, politische Körperschaften wie Reichstag und Reichsrat. Und wenn die sich nicht einig werden in der Gesetzgebung, dann fällt die Entscheidung an den Souverän, an das Volk zurück. Also es wurde, das wurde nie umgesetzt oder nie praktiziert in den wenigen Jahren, die die Weimarer Republik hatte. Aber zumindest theoretisch war diese Funktion vorgesehen.</p>



<p>Kurzer Einschub: der Young-Plan waren die Vereinbarungen über Reparationszahlungen, die Deutschland nach dem Versailler Vertrag leisten sollte.</p>	<p>Anne: Wie war denn generell die Erfahrung sonst? Also du hast jetzt erwähnt, okay, der Fall ist nicht eingetreten. Wie waren sonst die Erfahrungen mit der direkten Demokratie in der Weimarer Republik?</p> <p>Andreas: Also es gab einige Volks Volksbegehren und Volksentscheide auf Kreisebene, die angestrebt wurden. Keiner davon wurde erfolgreich durchgeführt. Also wirklich bis zum Schluss als angenommenes Gesetzgebungsvorhaben, das vom Volk kam und das die konkreten Anwendungsfälle, die es so gab, so 3 bis 4 Stück. Da ist dann eben, sage ich mal das in Führungszeichen Problem entstanden, dass das natürlich in diesen Fällen auch, sage ich mal, für populistische Zwecke oder auch Agitation von Demokratiefeinden gegen die Republik verwendet wurde. Ein berühmtes Beispiel ist das Volksbegehren über die Ablehnung des Young Planes //BREAK</p> <p>// (wdh.) die Ablehnung des Youngplanes Ende der 20er Jahre von der NSDAP angestrengt, gab noch einen von den Kommunisten angestregten Volksentscheid über Rüstungsfragen Panzerkreuzer. Also da ist dann sozusagen was dann nach dem Zweiten Weltkrieg als Einwand gegen die direkte Demokratie im Wesentlichen auch formuliert wurde. Das ist der Hintergrund, weil es sozusagen, wie das Theodor Heuss mal dann in der Nachkriegszeit genannt hat, eine Prämie für jeden Demagogen gewesen sei. Da kommen dann diese Vorbehalte gegen die direkte Demokratie.</p>
	<p>Anne: Jetzt kann man aber sagen, ich meine, wir kennen die Schweiz, dort gibt es ja auch Volksentscheide und dort können ja Volksentscheide, die werden ja quasi noch geprüft, ob sie</p>

verfassungskonform sind. Das ist ja zum Beispiel so eine eine Schwelle. Warum hat das in Deutschland nicht funktioniert?

Andreas Das so einzuführen?

Anne: Oder genau genau das so einzuführen oder eben mit Anpassungen daran festzuhalten auf Bundesebene.

Andreas: Ich glaube, das hängt viel mit dem Entstehungskontext des Grundgesetzes zusammen. Also vielleicht nochmal ganz kurz zurück zu 1919, als das eingeführt wurde. Die repräsentative Demokratie war der Kern der Verfassung und war auch das, was man angestrebt hat. Aber man war schon überzeugt 1919, das ist eigentlich in der Form, in der klassischen Form, wie man es kennt, ein Modell des 19. Jahrhunderts, und wir müssen das durch neuere, noch stärker demokratischer geprägte Instrumente ergänzen. Die Verfassungsgebung nach 1945 in Westdeutschland ist sozusagen eine mit, wie soll ich sagen, mit angezogener demokratischer Handbremse. Also man kann nicht mit so einem großen demokratischen Elan wie 1919, sondern man geht viel vorsichtiger vor, gerade auch vor dem Hintergrund der Erfahrung, der Zerstörung der Demokratie in der Zwischenkriegszeit. Ja, meistens traut man sich vielleicht auch nicht, so eine so eine starke demokratisch geprägte Demokratie auch zu installieren und verzichtet deswegen auf solche direktdemokratischen Instrumente jetzt, nach 60, 70 Jahren. Mag es anders aussehen und es ist sicherlich auch lohnenswert, darüber nachzudenken, ob das nicht eine sinnvolle Bereicherung des Grundgesetzes wäre.

Anne: Aber konkrete Bestrebungen gibt es da ja nicht, da wirklich mehr direktdemokratische Verfahren wieder einzuführen. Woran? Woran liegt das denn? Scheut man sich

	<p>da vor Bürokratie oder was sind so die Hemmschwellen?</p> <p>Andreas:Ist mir auch nicht bekannt, dass es jetzt irgendwie angestrebt wäre. Ich sage mal so, das hat natürlich auch ein bisschen in der Funktionslogik repräsentativer Demokratie. Also es müsste ja durch den Bundestag beschlossen werden und es wäre ja automatisch eine, sage ich mal, eine, eine Minderung der Stellung des Bundestages und der Politikerinnen und Politiker, die in diesem System repräsentativer Demokratie zurzeit tätig sind.</p>
<p>Die einzigen Parteien, die deutschlandweite Volksabstimmungen zur Bundestagswahl letztes Jahr in ihr Wahlprogramm verankert haben, sind die Linke ... und die AfD. Das ist jetzt keine sexy Gallionsfigur, gebe ich zu. Oft ist die Kritik ja auch, dass Volksabstimmungen Populist*innen in die Hände spielen.</p>	
	<p><i>„Niqab und Burka haben in einer Demokratie nichts zu suchen ...“</i> Sagten die Befürworter der Schweizer Volks-Initiative „Ja, zum Verhüllungsverbot“ im Jahr 2021. Und forderten: niemand darf sein Gesicht im öffentlichen Raum verhüllen. Die Schweizerinnen und Schweizer stimmten knapp dafür – mit 51,21 Prozent. Zwei Jahre später wurde ein entsprechendes Gesetz verabschiedet.</p> <p><i>„Um was geht es bei der Volksinitiative gegen Masseneinwanderung“</i> fragen sich die Schweizer im Jahr 2014. Ganz einfach: : die Initiatoren wollen Einwanderung nur, wenn sie Schweizer Interessen entspricht, mit festen Kontingenten auch für Europäer. Die Schweizer nehmen das mit 50,3 Prozent an. Der Beschluss widerspricht aber Vereinbarungen mit der EU – ein Gesetz wird in abgemilderter Form erst Jahre später verabschiedet.</p> <p><i>„Ich glaube, die Initiative ist sehr radikal, sie ist ein Anschlag auf</i></p>

	<p><i>unsere Demokratie“ – sagt eine Schweizerin zur No Billag-Initiative 2018. Die fordert die Abschaffung der Rundfunkgebühren.</i></p> <p><i>Ich will selber entscheiden,, was ich sehen – und mir muss nicht aufoktroiert werden, du musst das und das und das sehen, oder?</i></p> <p>Das überzeugt die meisten Schweizer aber nicht: sie stimmen zu zwei Dritteln gegen die Initiative.</p>
<p>Klar, es gibt also durchaus brisante Abstimmungen in der Schweiz - aber das spiegelt dann eben ja ganz augenscheinlich eine gesellschaftliche Meinung. Das muss man dann aushalten können. Und am besten abstimmen gehen, auch wenn man dagegen ist, surprise.</p> <p>Dass direkte Demokratie jetzt aber Populismus konkret fördert, lässt sich nicht so einfach sagen, meint Isabelle Stadelmann:</p>	
	<p>Es gibt jene, die sagen, diese Auseinandersetzungen, teilweise auch diese Polarisierung, die ist ein gutes Ventil für die Bevölkerung oder auch für die unterschiedlichen Meinungen, so dass das eigentlich eher dem Aufschwung von populistischen Parteien vielleicht sogar abträglich ist, weil eben dieses Ventil auch immer wieder sozusagen geöffnet wird, um vielleicht unpopuläre oder gewisse auch populistische Themen mal kurz Aufschwung bekommen und man sie eben vielleicht ausdiskutiert. Und dann gibt es natürlich die andere Sichtweise, die tatsächlich eher diese Kritik oder diese Zweifel vielleicht auch hegt. Was man zum Beispiel natürlich schon sagen kann, ist, dass es kurze und einfache und auch negative Argumente deutlich einfacher haben, gehört zu haben. Es gehört zu werden. Und das befeuert natürlich manchmal schon auch ein bisschen diese Vereinfachungen, die ja von links und rechts</p>

	vielleicht dann in einer populistischen Weise durchaus genutzt werden
<p>Dass Populismus aber auch in einem repräsentativen System nicht ganz wirkungslos ist, können wir ja auch in Deutschland beobachten ...</p> <p>Das Narrativ, dabei: Volk und Repräsentant*innen werden antagonistisch ausgespielt. Was in der direktdemokratischen Schweiz nicht so gut funktioniert.</p> <p>Die haben ja ne gute politische Selbstwirksamkeit, also das Gefühl, wirklich etwas bewegen zu können ... und gehen spannenderweise trotzdem kaum wählen, zwischen 30 und 45% sind es meistens nur, je nach Volksabstimmung bzw. Wahl. Warum?</p>	
	<p>Die Wahlbeteiligung ist niedrig, gerade wegen der direkten Demokratie. Das eine ist ja, wenn man viele Abstimmungen hat über verschiedene Themen, dann werden Wahlen generell unwichtig. Also so wichtig sind die Wahlen in der Schweiz nicht, Es gibt kaum Verschiebungen und man weiss ja, dass die Zusammensetzung des Parlaments nur so halb über die Politik entscheidet, weil ja eben im Kollektiv eingewirkt werden kann über die Abstimmungen. Das ist das eine. Also rein systematisch gesehen sind Wahlen in der Schweiz viel weniger wichtig als in Deutschland, wo sie dann quasi über die ganze Regierungstätigkeit und das Programm entscheiden. Und das andere ist: Es ist ein bisschen schwierig, die Beteiligung bei Abstimmungen so richtig zu messen, weil viele Leute gehen halt nicht an jede Abstimmung. Und das heisst, die Abstimmungs beteiligung liegt dann wirklich oft auch nur zwischen 30 und 45 %. Aber wenn man sich anschaut, wie viele Leute das über ein Jahr gesehen an mindestens einer Abstimmung teilnehmen, dann ist dieser Anteil ziemlich gross. Dann liegt er je nachdem wie man den Zeitraum legt, ob ein, zwei Jahre zehn</p>

	Abstimmungen kommen, schnell mal auf eine Quote von fast 80 % oder nur ein kleiner Teil beteiligt sich wirklich gar nicht an Abstimmungen und das ist dann gar nicht so schlecht.
	Die Ärzte - Deine Schuld
Nur repräsentativ ist die einzelne Volksabstimmung ja noch lange nicht, nur wenn kumuliert irgendwie 80% Wahlbeteiligung pro Jahr zustande kommt. In der Schweiz wird das Nicht-Abstimmen aber oft als "stumme Zustimmung" gewertet. Aber es wäre doch der real shit, wenn wirklich ALLE mitmachen?	
	Torben promotet noch mal
Ich liebe die journalistische Distanz in dieser Folge, sich nie mit einem Thema gemein zu machen! In dem Sinne:  Ich glaub, es ist Zeit, Isabelle ne Unterschrift abzuluchsen für unsere Idee, ner Kombi aus mehr direkter Demokratie UND Zwang ...	
	Anne: Wir haben so eine Idee der monatlichen Pflichtstunden, der politischen Partizipation, also sprich jeder oder jede Wahlberechtigte in Deutschland und von mir aus auch gerne jünger bei Interesse. Aber auf jeden Fall Die Wahlberechtigten müssen sich politisch engagieren in dieser Pflichtstunden, in dieser monatlichen zum Beispiel beispielsweise über Petitionen informieren und die unterzeichnen bei Volksentscheiden oder Referenden, wenn es da mal eins gibt, abstimmen. Was hältst du von der Idee?  Isabelle: Wir kennen so was schon fast. Es gibt den einen Kanton Kanton Schaffhausen. Dort gibt es eine Wahlpflicht. Also da muss man zahlen, wenn man nicht an der Abstimmung teilnimmt.

	<p>Anne: Na wunderbar, dann müssen wir ja nicht neu erfinden.</p> <p>Isabelle: Ja, gut. Dein Vorschlag geht natürlich ein bisschen weiter als ich. Ich möchte jetzt mal sagen, die Wahlpflicht, die kann man natürlich relativ leicht, sag ich jetzt mal, mindestens auch kontrollieren. Das ist sehr einfach. Entweder eine Person gibt diesen Stimmrechtsausweis bei der Abstimmung ab oder nicht. Und dann stellt halt die Gemeinde Rechnung, wenn da keine eingetroffen ist. Die Frage, die ich mir stelle bei einer breiteren Pflicht ist natürlich, wie will man das umsetzen?</p>
	<p>Was das Gute daran ist und wo ich denke, das hat was, oder? Das ist natürlich tatsächlich, dass man ja manche Leute, dass man die Hürden oder auch die Anreize zu Partizipation steigen müsste oder dass man eben zum Beispiel ich nenne jetzt das Beispiel in Deutschland mit der direkten Demokratie, da gibt es ja diese Fälle, wo man gefühlt jeden zweiten Stimmbürger und jede zweite Bürgerin zu einer Unterschrift in einem bestimmten Raum zwingen muss. Ich meine, da kann man es auch sein lassen und dass man dort die Hürden fängt und irgendwie die so zentrale Plattformen etc. einrichtet. Ich glaube, das ist auf jeden Fall förderlich. Aber ich würde dem Ganzen entgegenhalten eine Pflicht. Also stelle ich in Frage, was die dann hilft, weil wir sehen das sonst, wenn wir so Wirkungen von Policies, also politischen Maßnahmen anschauen, dass die eigentlich nur dann wirken, wenn sie auch auf ein Umfeld treffen, auf Aufruf, Einstellungen, Normen, die diese Regel auch irgendwie entsprechen und dass, wenn das nicht der Fall ist, Menschen und Institutionen 1000 Auswege finden, um selbst zwingende Regeln zu umgehen. Deshalb also abgesehen davon, dass ich nicht glaube, dass ich eine Partei finden würde, die eine solche Maßnahme und eine solche Pflicht in ihrem Wahlprogramm schreibt, bin ich auch sehr skeptisch, wie man das tatsächlich monitoren könnte oder wie groß diese Pflicht tatsächlich auch ist. Bei der Strafe ist</p>

	<p>natürlich dann noch das soziale Ungleichheit Problem zu nennen.</p> <p>Anne: Ja ...</p> <p>Isabelle: Zum Beispiel ist dieses Strafen in Schaffhausen, die ist sehr gering, ich glaube, die war fünf Franken oder so, wenn man nicht teilnimmt. Jetzt kann man natürlich sagen, das ist viel zu wenig, aber wenn man die Strafe höher macht, dann kommt man schnell in einen Bereich, wo es halt sozial total unverträglich wird, weil dann quasi untere Einkommenschichten sich der Regelung unterstellen müssen, weil sie das nicht zahlen können. Und die Reichen können sagen ja gut, dann zahle ich das halt.</p>
<p>Oh gute Punkte: Gut, zur Umsetzung haben wir ja unsere super easy accessible Online-Plattform ersponnen, die bisher aber nur in unseren Köpfen existiert. Und dann meint Isabelle noch, dass Menschen eh Auswege finden, um unangenehme Pflichten zu umgehen, dass keine Partei dem zustimmen würde und dass Strafen sozial ungerecht sein können. Torben, haben wir dazu was in der Petition stehen?</p>	
	<p>Torben: Nee.</p> <p>Anne: Ok, dann lass mal kurz überlegen: Pflichten umgehen, find ich erstmal ok, sollen die halt ungültig abstimmen und so. Das Problem mit den Parteien ... müssen wir halt richtig Druck machen.</p> <p>Positive oder negative Sanktionierung? ...</p>
<p>Also, wir halten mal fest: So ne gesunde Mischung aus positiver und negativer Konditionierung wäre unser Ziel bei der Pflichtstunde. Vielleicht kriegen wir ja wenigstens Andreas Braune jetzt rum, zu unterschreiben. Na, Andreas, na??</p>	



	<p>Andreas: Ja, das ist immer so... ich bin ein bisschen ein großer Freund von Pflichten eigentlich. Aber haaahhhh ...</p> <p>Anne: Erzähl uns, was ist dein Schmerz hier gerade? Warum zögerst du so?</p> <p>Andreas: Einmal von praktischen Umsetzbarkeit mal ganz abgesehen. Ja, es ist natürlich die Frage wann immer. Also, was bewirkt es? Also welche? Welche? Welche Ziele? Welche? Welche Form? Welche Inhalte suchen sich die Menschen? Ein freies Land kann da ja jeder auch selbst entscheiden.</p> <p>Anne: Und man würde zumindest natürlich, um mal hier kurz reinzuspringen. Man könnte ja zumindest so gewährleisten, dass eben nicht nur die eh schon politisch Interessierten, sondern auch, dass vielleicht auch politikferne Menschen ja irgendwie einen gewissen Zwang natürlich auch haben, sich mit Inhalten auseinanderzusetzen. Und das natürlich letztendlich so die Hoffnung für eine für mehr Gleichheit in unserer Gesellschaft sorgen würde. Aber die Argumentation kennst du ja.</p> <p>Andreas: Ich konterte man mit einer Gegenfrage. Gibt es in der Demokratie auch ein Recht auf politische Indifferenz?</p> <p>Anne: Bestimmt. Aber dann könnte man ja quasi einfach Dinge ablehnen, oder wie man genauso bei einer Wahlpflicht bei Wahlen ja auch einfach einen ungültigen Stimmzettel abgeben kann. Also dieses Ausdrucksmittel, das besteht ja trotzdem.</p> <p>Andreas: Tja.</p>
	<p>Andreas: Um mal um mein Überlegen noch mal nochmal zu überbrücken: Erst mal ein generelles Plädoyer für Pflicht.</p>

	<p>Anne: Nehme ich auch.</p> <p>Andrea: Und an der Stelle auch noch mal zurück zur Weimarer Reichsverfassung, weil das finde ich ganz spannend und das erzählt auch in Vorträgen ganz gern mal da sind. Die Grundrechte sind der zweite Teil der Verfassung, nicht wie beim Grundgesetz der erste Teil, sondern der zweite Teil. Und dieser zweite Teil hat die Überschrift Grundrechte und Pflichten der Deutschen. Also da ist tatsächlich auch der Begriff der Pflicht in diesem Grundrechtsteil mit enthalten. Und da werden auch so ein paar Pflichten aufgelistet, wie beispielsweise auch eine Pflicht zum Ehrenamt. Und da denkt man natürlich vor allem an so Dinge wie Schöffen, Dienst, Wahlhelfer und dergleichen, also solche bürgerschaftlichen in Führungszeichen Pflichtdienste, zu denen man herangezogen werden kann, wert. Wehrpflicht ist natürlich ein ganz zentrales Thema, war durch den Versailler Vertrag erst mal verboten, aber das wäre jetzt auch eine Pflicht. Aber ich finde die Idee erst mal überhaupt sehr, sehr charmant, dass man, dass man sagt, es gibt Grundrechten, aber zu den Grundrechten gehören halt auch Pflichten. Also das macht den Staatsbürger aus oder die Staatsbürgerin. Dass man Rechte genießt und das Leben, aber auch gewisse Pflichten dann gegenüberstehen.</p>
<p>So, und das ist doch voll das Argument für uns?</p> <p>Aber einen entscheidenden Punkt lassen wir dadurch natürlich nicht gelten: Das Recht auf politische Indifferenz. Das wollen wir halt wirklich nicht zugestehen. Auch wenn das verfassungsrechtlich vielleicht ein Problem gibt.</p>	
	<p>Torben: Sowas mussten wir zum Glück für die Petition noch nicht bedenken ...</p>
	<p>Jon Hanson - Tick</p>

<p>Ich glaube, politische Indifferenz muss man sich leisten können. Weil eine Demokratie derart stabil ist und die Rechte jedes Einzelnen so gewahrt werden, dass er politisch eben nicht aktiv werden MUSS. Und dass er sich beispielsweise auch dem Staat gegenüber nicht verpflichtet fühlen muss.</p> <p>Aber die Frage ist: Sollte er nicht müssen?</p>	
	Musikakzent
	<p>Matthias: Ja, mein Name ist Matthias. Markus. Ich bin gelernter Philosoph, lebe in Jena und bin freiberuflich tätig. Unter anderem bin ich Lehrbeauftragter hier in der Philosophie und Redakteur der Deutschen Zeitschrift für Philosophie. Und ich habe eine philosophische Kolumne bei Spektrum.de.</p> <p>Anne: Und da haben wir auch reingelesen und in einer deiner Kolumnen hast du geschrieben, was ich spannend fand: Der Staat, das sind nicht wir. Kannst du das vielleicht noch einmal ausführen für uns?</p> <p>Matthias: Ja, ich halte das tatsächlich für sehr wichtig, diesen Unterschied zu machen. Also der Staat ist etwas, was separat ist von uns. Also klar haben wir irgendwie alle einen Anteil an ihm, in dem wir Rechte und Pflichten haben und aber es ist tatsächlich eben so, wenn dem Staat irgendwas gehört, dann habe ich deswegen, nur weil ich Staatsbürger bin, da keinen Besitz Anteil dran. Also das war beispielsweise in der DDR natürlich anders, aber in der Tradition, in der die Bundesrepublik Deutschland steht, ist es eben nicht so und wir können unser Leben, wenn wir wollen, weitgehend staatsfern führen. Also wir sind nicht notwendigerweise einfach nur, weil wir in diesem Land leben, permanent und aktiv in alle möglichen Massenorganisationen eingebunden und. Deswegen gibt es eben auch ein Verhältnis zwischen der Bevölkerung und dem</p>

	<p>Staat, was auch geprägt ist von ständigen Diskussionen darüber, in welcher Intensität der Staat von uns verlangen kann, dass wir irgendwie an ihm mitwirken.</p>
<p>Ok, ja dann lass mal drüber diskutieren, in welcher Intensität kann er das denn?</p>	
	<p>Ich habe ja in dieser Kolumne dann an einer Stelle John Stuart Mill zitiert, der sagt: Die Gesellschaft kann ihre Angehörigen im Prinzip auf zwei verschiedene Dinge verpflichten. Das eine ist die Rechte anderer nicht verletzen. Und das Relevantere ist sozusagen der zweite Punkt. Die Einzelnen dürfen verpflichtet werden, sich an den Aufgaben zu beteiligen, die notwendig sind, um die Gesellschaft insgesamt zu schützen. Und ein ganz klassisches Beispiel dafür ist. In Norddeutschland der Deichbau ist es einfach notwendig, dass es den Deich gibt. Und deswegen ist absolut klar, es müssen irgendwie alle mitmachen, um den Deich zu erhalten und zu pflegen. Und das ist halt die große Frage Was ist quasi für unsere Gesellschaft insgesamt der Deich, ne?</p>
<p>Uhhhh, ich LIEBE Metaphern!! Ok Leute, kleine Hörspielreise: Was ist der gesellschaftliche Deich ?</p>	
	<p>Jo, das kommt Landratten vielleicht büschchen merkwürdig vor aber: das Land is ja voller Deiche, wenn du da bloß mal richtig hinkiechst. Also außenrum die Grenze is ja so ne Art Deich, und wenn den alle sichern müssen hast du die Wehrpflicht. Jo, da lassen wir ja jetzt nur noch Profis ran, aber das gibt ja auch noch andere Deiche, wo das nich reicht: die ganze Demokratie is ja mal so seggen wie eine Insel in der Mitte, und außenrum so tobt Tag und Nacht der wütende Sturm der Extremisten, um uns zu überschwemmen. Und wenn wir den radikalen Blanken Hans man schön draußen halten wollen, dann müssen da wirklich alle</p>

	Frau und alle Mann an die Deiche, sonst wird das man nix. Weil nach so einem Deichbruch is da nich mehr viel über ...
Es ist vielleicht kein Deichbruch, wenn nicht ALLE ZWANGHAFT politisch auch partizipieren. Aber es würde ihn zumindest schwächer machen - oder? Wie findet Matthias Warkus eigentlich unsere Idee der Pflicht zur politischen Partizipation? Können wir da vielleicht noch ne Unterschrift rausholen?	
	Es gibt ja durchaus Staaten, in denen beispielsweise die Teilnahme an Wahlen verpflichtend ist. Und es geistert ja auch in Deutschland immer mal wieder die Vorstellung von einer erweiterten sozialen Dienstpflicht umher. Und ich finde es deutlich sympathischer, quasi zum politischen Engagement verdonnert zu sein, als irgendwie so ein komisches Pflichtjahr einzuführen. Also ich finde es jetzt nicht komplett abwegig. Ist ein interessanter Gedanke und ich glaube, die Idee, wie man das bewertet, hängt davon ab, wie man aktuell das gemeinschaftliche Engagement der Bevölkerung bewertet. ich sage es mal so also wenn es tatsächlich, wenn es Gesetzesvorschläge wären, also wenn es tatsächlich garantiert wäre, dass das dann auch irgendeinen Einfluss auf die Gesetzgebung hat, dann können wir uns darüber unterhalten, ist sicher nicht uninteressant.
Ja gut, das ist halt unser Problem, deshalb brauchen wir wirklich zuerst mal mehr direktdemokratische Verfahren, die dann in unserer demokratischen Pflichtstunde zum Tragen kommen. Aber auf kommunaler und Länderebene sind Volksinitiativen bzw. -entscheide bzw. Bürgerentscheide, Mann, diese tausend verschiedenen Begriffe sind echt auch ein Problem, jedenfalls sind die ja jetzt schon auch möglich, die könnten in unserem imaginären Online-Portal dann ja stattfinden!	
	das fände ich in der Praxis tatsächlich eigentlich ganz cool, weil

	<p>man am. Also zumindest so auf der Ebene, auf der ich mich intensiver damit beschäftige, so in der Kommunalpolitik und Stadtentwicklung. Da hat man immer so den Eindruck, viele Vorhaben. Laufen so unter dem Radar, weil sich irgendwie keiner dafür interessiert. Und erst wenn irgendwie irgendwo ein Schild aufgestellt wird, dann rennen die Leute plötzlich auf die Straße, obwohl es irgendwie schon. Seit sieben Jahren in der Planung gibt. Da hat man den Eindruck, das könnte tatsächlich der Partizipation dienlich sein, wenn man Leute dazu zwingen würde, sich ab und zu mal mit aktuellen Anliegen auseinanderzusetzen.</p>
	Torben freut sich über ne Unterschrift
	BLOND - Book
<p>Ok also ich fass das jetzt mal zusammen: Eigentlich ist unsere Idee wirklich garnicht mal so ungeil, wenn wir an der moralischen Überzeugung festhalten, dass politische Beteiligung BürgerPFLICHT ist, dass sie wichtig für unseren Deich sind, um noch mal diese wunderschöne Metapher von Matthias hochleben zu lassen. Darüber kann man natürlich streiten.</p>	
	Two Steps From Hell - Heart of Courage
<p>Und damit kommen wir zur Stunde der Wahrheit: Würdet ihr unsere Petition jetzt unterzeichnen und bestenfalls noch teilen ... oder eher nicht?</p> <p>Und ist das dann aus Ablehnung oder eigentlich nur aus Desinteresse ... oder gar Faulheit?</p>	
	FX erschrockene Reaktion
<p>Also, ich finde, wir haben unseren Teil getan für diesen Monat. Torben, gehn wir nach Hause?</p>	

	Torben reagiert
	The Scorpions - Wind of change
<p>Das war Folge 51 von STUDIO KOMPLEX. Wenn ihr bis hierhin zugehört habt, seid ihr auf jeden Fall engagiert genug, um unsere Petition richtig nach vorne zu bringen - ihr findet sie auf unseren Socials bei Instagram oder Twitter. Und selbst wenn ihr uns nicht eure kostbare Unterschrift geben wollt, lasst uns doch gern Feedback da oder droppt auch gern Themenvorschläge - so ganz peripher war das nämlich auch bei dieser Folge der Fall, lieben Dank an Daniel an dieser Stelle!</p> <p>Danke auch an Torben Richter und Rainer Dachsel in der Redaktion, Tim Grube als Producer und Alicia Klein und Inga Reichelt für die Photoshop-Skills. Wir alle sind nicht nur Teil dieses Staates, sondern auch des Hessischen Rundfunks und damit auch der ARD, die zwar keine Plattform für Pflichtdemokratie, aber für grandiose Audio-Produkte am Start hat, die ARD-Audiothek.</p> <p>Da findet ihr nicht nur uns, sondern auch unsere weisen Kolleg*innen von "Carpe What?!" Falls ihr euch nämlich auch schon mal gefragt hat, woher solche Sinnsprüche wie eben "Carpe Diem" kommen - die beiden Hosts Laura und Dennis nehmen sie auseinander: erklären, wo sie herkommen und sezieren sie auf ihren philosophischen und psychologischen Gehalt. Zum Beispiel der Spruch: "Es gibt nichts Gutes, außer man tut es!", passt ja auch hervorragend zu dieser Folge und die beiden haben dort die Klima-Aktivistin Carla Reemtsma zu Gast. Hört doch mal rein!</p> <p>Wir sind hier nämlich jetzt durch, mein Name ist Anne-Katrin Eutin und ich wünsch euch was, also nur Gutes primär, sekundär keinen Ohrwurm von "Wind of change", sorry dafür und ciao!</p>	
	Outro

